

Mahnwache für den Atomausstieg am 10.01.2015

1. Rede zu Atomausstieg und Energiewende: Seiten 1-3

2. Rede zu „Je suis Charlie“ : Seite 3

Liebe Freunde,

ich begrüße Euch bei der Neujahrsmahnwache für den Atomausstieg. Heute möchte ich Euch kurz berichten, über den Stand der Energiewende in Deutschland, über den Atomausstieg und ich möchte eine kurze Bilanz ziehen - über das was hier in Buxtehude passiert ist und was noch weiter geschehen muss.

Deutschland hat sich auf den Weg gemacht zur Energiewende - und muss dabei mit einigen Widrigkeiten rechnen. Wir werden immer wieder mit der falschen Behauptung konfrontiert, der Strompreis steigt weil die erneuerbaren Energien zu teuer sind. Das ist definitiv falsch. Es ist vielmehr so, dass alte Kohle- und Atomkraftwerke begünstigt werden durch bestimmte Abrechnungs- und Verteilmechanismen und dass demgegenüber den erneuerbaren Energien ungerechtfertigte Mehrkosten angelastet werden. Im letzten Jahr wurden über die EEG-Umlage 3 Mrd. Euro mehr eingenommen als ausgezahlt worden sind. Und doch hat die Regierung beschlossen, die Förderung von erneuerbarer Energie zu erschweren. Außerdem hat sie die Rahmenbedingungen so gesetzt, dass große Konzerne dabei besser gestellt sind als kleine Gruppen - wie unsere Energie-Genossenschaft.

Bei der Stromerzeugung 2014 haben die erneuerbaren Energien einen Anteil von 25 Prozent erreicht und machen damit ein Viertel der deutschen Stromerzeugung aus. Die erneuerbaren Energien haben damit die Braunkohle von Platz der Hauptstromerzeugung verdrängt. Die Entstehung von Treibhausgasen konnte gesenkt werden. Zugleich ist das Stromsystem flexibler geworden. Im Vergleich zu den Vorjahren war weniger Regelung notwendig, um Schwankungen bei der Stromerzeugung aus Wind und Sonne auszugleichen - und doch bleibt das auch in Zukunft die große Herausforderung, denn der Anteil an Wind und Sonne wird steigen und das muss dann auch ausgeglichen werden.

Im Ausland stellt man unterdessen fest, dass Atomkraftwerke mit heutigen Sicherheitsanforderungen viel zu teuer werden. In Finnland (Olkiluoto) wird sich der Bau eines AKW um mindestens 10 Jahre verzögern und die Baukosten werden sich von ursprünglich 3 Mrd. Euro auf 9 Mrd. Euro verdreifachen. Die englische Regierung will deshalb den Bau von Atomkraftwerken subventionieren. Beim Neubau von AKWs bürgt die Regierung für finanzielle Risiken und den Betreibern wird für 35 Jahre ein Mindestpreis von 11 Cent je kWh garantiert. Da der Strompreis viel niedriger ist, muss der britische Steuerzahler also 35 jahrelang quasi eine Atomstromabgabe bezahlen.

In Deutschland und anderswo werden die alten AKWs immer maroder, denn die Nachrüstung alter Technik auf den neuesten Stand wird immer teurer und aufwendiger.

Und da ohnehin die Stilllegung ansteht will auch niemand mehr viel investieren. In Deutschland steigt damit das Risiko, dass es zu einem atomaren Unfall kommt.

Die Energiekonzerne merken, dass mit Atom- und Kohlekraft nicht mehr viel zu verdienen ist. Sie gründen dafür Extra-Firmen, die möglicherweise eines Tages vor der Pleite stehen. Für atomare Altlasten wird das Geld schnell aufgebraucht sein, denn die Rücklagen reichen nicht aus und nach der Stilllegung der AKWs gibt's damit auch nichts mehr zu verdienen. Ein gutes Beispiel ist das AKW Stade, das vor über 10 Jahren den Betrieb eingestellt hat und dessen Rückbau außerplanmäßig noch mehrere Jahre dauern wird. Die Kosten haben sich in der Zwischenzeit verdoppelt von 500 Mio. Euro auf 1 Mrd. Der Rückbau der jetzt stillgelegten AKWs wird uns noch die nächsten Jahrzehnte beschäftigen - und er wird so extrem teuer, dass der Steuerzahler einspringen muss.

Schacht Konrad ist als Endlager für die schwach- und mittlerradioaktiven Abfälle geplant. Nach einer neuerlichen Zählung der deutschen Abfallmengen wird nun eine doppelt so große Menge wie ursprünglich geplant zu entsorgen sein - nämlich 600.000 Tonnen statt den geplanten 300.000 Tonnen. Dafür ist Schacht Konrad aber nicht ausgelegt und wir benötigen ein weiteres Endlager.

Auch für die hochradioaktiven Abfälle muss erst noch der Ort für ein Endlager gefunden werden, der besser geeignet sein muss als Gorleben. Bis dort dann eine Einlagerung beginnen kann, werden noch mindestens 40 Jahre vergehen. Unsere Kinder und Enkel werden die Kosten der Atomkraftproduktion bezahlen. Die Hinterlassenschaften der Atomkraft werden damit zum Dauerbrenner und sind ein echtes Zukunftsthema.

Liebe Freunde, wenn wir jetzt anfangen Atomkraft durch Kohlekraft zu ersetzen, dann ersetzen wir die allerschlechteste Form der Strom-Erzeugung durch die zweitschlechteste Form der Stromerzeugung. - 50 Jahre Laufzeit neuer Kohlemeiler

Der Weg in die Zukunft kann deshalb nur über Erneuerbare Energien und über Energiesparen gehen. Und auch deshalb stehen wir heute hier und gehen nachher auch zum Neujahrsempfang ins Stadthaus.

Es gilt: Global denken und lokal handeln. Wenn wir Erneuerbare Energien und Energiesparen fördern wollen, dann können wir das zu Hause tun - z.B. durch den Kauf von Ökostrom, durch eine entsprechend kritische Bank, wie die GLS-Bank und indem wir auf den Energieverbrauch achten, sobald die Anschaffung neuer Geräte nötig wird. Aber als Bürger dieser Stadt wollen wir auch dass hier in Buxtehude das Energiesparen und die Erneuerbaren Energien systematisch vorangetrieben werden.

In der Vergangenheit haben wir schon darauf hinwirken können, dass die Stadt Ökostrom bezieht - für alle Liegenschaften, für alle Schulen, Kindergärten, das Rathaus - aber auch für Ampeln und Straßenlaternen.

Im letzten Jahr ist in Buxtehude ein Klimaschutzkonzept erarbeitet worden. Daran durften konnte jeder mitwirken und Ideen einbringen. Auch wenn die Möglichkeiten begrenzt waren, so halte ich das nach wie vor für eine gute Form der Bürgerbeteiligung. Viele der eingebrachten Ideen sind ins Klimaschutzkonzept eingeflossen. Das Klimaschutzkonzept ist nun eine Art Richtschnur für eine nachhaltige zukunftsgerichtete Energie-Politik in Buxtehude.

Deshalb freue ich mich, dass das Klimaschutzkonzept vom Stadtrat einstimmig beschlossen worden ist. Und diese breite politische Unterstützung für das Klimaschutzkonzept sehe ich auch als unseren Erfolg.

Das Klimaschutzkonzept ist quasi eine Art Selbstverpflichtung. Und dennoch ist diese Selbstverpflichtung bislang noch eher freiwillig. Denn insbesondere vor der Bereitstellung von Geldern und Mitteln für die Maßnahmen des Klimaschutzkonzepts schreckt die Politik zurück.

Wir müssen die Stadt deshalb immer wieder daran erinnern, dass sie sich an der selbst gewählten Richtschnur des Klimaschutzkonzepts orientieren soll.

Und bevor ich nun zum Ende komme, möchte ich darauf hinweisen, dass auch mit der Buxtehuder Energiegenossenschaft die Möglichkeit besteht die Energiewende in Buxtehude mitzugestalten - schon mit einem einzigen Anteil von 200 Euro hat man volles Stimmrecht. unter Regie der Energiegenossenschaft entsteht In diesem Jahr auf dem Sporthallendach der Halepaghen-Schule eine erste Photovoltaik-Anlage. Es werden weitere Projekte hinzukommen - falls in Buxtehude ein Windpark gebaut wird kann man sich auch daran über die Genossenschaft daran beteiligen. Die Energiegenossenschaft arbeitet zur Zeit unter schwierigen äußeren Rahmenbedingungen, so dass sich Erfolge erst langsam einstellen. Doch die Genossenschaft arbeitet ehrenamtlich und wirtschaftlich auf solidem Boden - ganz anders als der Windkraftfinanzierer Prokon, der hohe Gewinne versprochen hat und dann im letzten Jahr pleite gegangen ist. Deshalb möchte ich Euch auf die Informationsveranstaltung der Energiegenossenschaft am kommenden Dienstag, um 19:00 Uhr in der Hochschule 21 hinweisen.

„Je suis Charlie“ - Demokratie, Freiheit, Bürgerrechte Toleranz

Liebe Freunde,

Wir haben uns heute hier versammelt, um gegen Atomkraft zu demonstrieren und um eine schnelle Energiewend zu fordern.

Vor 30 Jahren war die Antiatom-Bewegung noch eine Randgruppe die von den Regierenden mit allen Mitteln bekämpft worden ist. Auch mit unzulässigen polizeilichen Methoden. In einer Diktatur wären solche Veranstaltungen wie diese hier so gut wie gar nicht möglich. Meine Familie und ich wären zumindest unter permanenter Beobachtung - wenn nicht sogar inhaftiert.

Ich freue mich, hier in einem freiheitlichen, demokratischen System zu leben.

Gerade deshalb fühlen uns mit den Menschen verbunden, die für Demokratie, Freiheit und Bürgerrechte gelebt haben und dafür gestorben sind. Das waren nicht nur die Journalisten des Satiremagazins Charlie Hebdo. Nein auch ein stark gläubiger Moslem ist für diese Werte gestorben. Der Polizist Ahmed Merabet, den die Terroristen vor

den Verlagshaus hingerichtet haben war ein stark gläubiger Moslem, der für Demokratie, Freiheit und Toleranz gestorben ist.

Schon kommt der Ruf nach mehr Überwachung und dem Abbau von Bürgerrechten auf. Bespitzelung und Datensammlung sollen verstärkt und gesetzlich verankert werden und die Polizei soll mehr Rechte bekommen.

Die Rechtsextremisten in Frankreich fordern die Wiedereinführung der Todesstrafe. Die deutschen Rechten, wie die Pegida-Bewegung - wollen Mehrheimische (also Migranten) entrechten, nur weil sie außerhalb Deutschlands kulturelle Wurzeln haben, die uns fremd sind.

Die Terroropfer aber haben gelebt und sind gestorben für die Werte der Demokratie, der Freiheit, der Bürgerrechte und der Toleranz. Die Welt tut gut daran, sich an die Werte dieser Menschen zu erinnern, bevor sie laut nach Gewalt, nach Überwachung und nach Ausgrenzung rufen.

Und deshalb möchte ich Euch bitten, jetzt gemeinsam mit mir eine Schweigeminute einlegen für alle Opfer und für die Werte, für die sie gestorben, das sind Demokratie, Freiheit, Bürgerrechte und Toleranz.